

Protokoll über die Sitzung des Klimaschutzbeirates am 14.03.2024

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Name	Fraktion/Amt
Allekotte, Ann-Kathrin	Bündnis 90/ Die Grünen
Beisiegel, Klaus	Referat VI
Dr. Chrobok, Roland	CDU
Dieteren-Hilgendorf, Norbert	Greenpeace e.V.
Erd, Brigitte	Gast
Fürtges, Gudrun	ADFC Mülheim/Oberhausen e.V.
Glocker, Sven	SWB mbH
Jenk, Andreas	SWB mbH
Jansen, Ute	Ruhrbahn GmbH
Dr. Kalwitzki, Klaus-Peter	Verkehrsclub Deutschland e.V.
Licker, Johann	AFD
Linsel, Oliver	Gast
Mittich, Gerd	Westenergie AG
Peters, Marc	MWB eG
Reiff, Christian	Haus und Grund Mülheim-Ruhr e.V.
Röpell, Armin	BEG Ruhr-West eG
Strahl, Sonja	Die Partei
Temmesfeld, Simon	Stabsstelle Klimaschutz und Klimaanpassung
Uhr, Beate	Gast
Weißhuhn, Volker	medl GmbH
Wingold, Felix	Stabsstelle Klimaschutz und Klimaanpassung

Tagesordnung

Sitzung des Mülheimer Klimaschutzbeirates
am Donnerstag, dem 14.03.2024, um 17:30 Uhr
Raum B 115 | Am Rathaus 1, 45468 Mülheim an der Ruhr

1. Begrüßung und Beschlussfassung zur Tagesordnung und zur Schriftführung.
2. Kurzbericht der Stabsstelle Klimaschutz und Klimaanpassung zu den Projekten im ersten Halbjahr 2024.
 - Hr. Temmesfeld (Stabsstelle Klimaschutz und Klimaanpassung)
3. Hauptthema: Aktuelle Situation in der Wohnungswirtschaft besonders vor dem Hintergrund der Klimaschutzbemühungen.
 - Kurzbericht der MWB – Hr. Peters (MWB)
 - Kurzbericht des SWB – Hr. Glocker (SWB)
 - Offene Diskussion im Plenum
4. Verschiedenes.

TOP 1 Begrüßung und Beschlussfassung zur Tagesordnung und zur Schriftführung

Frau Allekotte begrüßt alle Anwesenden um 17:31 Uhr. Die Tagesordnung wird ohne Änderungen beschlossen. Die Schriftführung liegt bei Herrn Wingold von der Stabsstelle Klimaschutz und Klimaanpassung.

TOP 2 Kurzbericht der Stabsstelle Klimaschutz und Klimaanpassung zu den Projekten im ersten Halbjahr 2024

Zuerst übergibt Frau Allekotte das Wort an Herrn Temmesfeld. Er beginnt seinen Vortrag zum Sachstand der Projekte der Stabsstelle. Der Kurzbericht endet nach rund zehn Minuten.

Herr Beisiegel ergänzt die Ausführungen und erläutert, dass gerade die weitere Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes, startend mit der internen Strukturierung, eine Querschnittsaufgabe darstellt. Demnach wird die Mit- und Zuarbeit vieler Fachämter benötigt.

Herr Linsel fragt, welche finanziellen und personellen Bedarfe sich aus dem Beschluss zum Klimaschutzkonzept ergeben. Er fragt weiterhin, wie der Stand der Potenzialanalyse für PV und Wind ist. Seine dritte Frage geht an Herrn Weißhuhn von der medl GmbH und zielt auf den Sachstand der kommunalen Wärmeplanung ab. Bezüglich der finanziellen und personellen Bedarfe antwortet Herr Temmesfeld, dass diese gerade diskutiert werden. Dies ist wichtig, da nicht nur die Bedarfe der Stabsstelle Klimaschutz und Klimaanpassung ermittelt werden müssen, sondern auch andere Fachämter betroffen sind. Der aktuelle Stand der Potenzialanalyse für Freiflächen-PV und weitere Windkraftanlagen muss nachträglich erfragt werden. (Nachtrag: Die Ergebnisse beider Potenzialanalysen müssen derzeit verwaltungsintern abgestimmt werden, bevor sie in den Fachausschüssen und weiteren Gremien präsentiert werden.) Herr Beisiegel betont die Notwendigkeit, neue Personalstellen in der Stabsstelle Klimaschutz und Klimaanpassung zu schaffen. Die Planungen aus dem Klimaschutzkonzept ergeben alleine dort einen Bedarf von fünf weiteren Stellen. Er erläutert weiterhin, dass diese Bedarfe auch in die Haushaltsaufstellung fließen, die in der nächsten Woche beginnen wird. Die Fokussierung darauf ist Teil der Planung und Frau Marx kann diese zeitnah ausführlich vorstellen. Herr Weißhuhn antwortet, dass die Wärmeplanung von der medl GmbH mit der Stadtverwaltung vorangetrieben wird. Die medl GmbH hat hier eine zuarbeitende, unterstützende Rolle. Eckpunkte werden in der nächsten Woche mit Herrn Blasch und Herrn Dr. Dönnebrink besprochen werden. Das Ziel ist es, den aktuellen Stand der Wärmeplanung darzustellen, wobei auch die Möglichkeit der Abwärmenutzung in Betracht gezogen wird.

Herr Dieteren-Hilgendorf stellt klar, dass es sehr wichtig ist, den Bürger*innen schnell konkrete Aussagen zum zukünftigen Wärmenetz zu geben, um eine Planungssicherheit herzustellen. Herr Beisiegel betont die Bedeutung der Sorgfalt im

Rahmen der Planung vor Schnelligkeit und damit einher die Notwendigkeit, dies klar zu kommunizieren.

Frau Erd fragt, ob alle Fördermittel der Stadtverwaltung bekannt sind, und ob diese Fördermittel genutzt werden. Herr Temmesfeld antwortet, dass die von Frau Erd genannten Fördermittel bekannt sind und nach Möglichkeit auch genutzt werden. Allerdings ist hier der verbleibende Eigenanteil der Kommune häufig ein Problem. Die Förderbudgets der Billigkeitsrichtlinie des Landes NRW in den Jahren 2022 und 2023 wurden zum Beispiel vollständig ausgenutzt. Viele verschiedene Projekte aus diversen Fachämtern wurden darüber gefördert. Herr Beisiegel ergänzt dazu, dass sich die angekündigte Altschuldenlösung des Landes NRW für hochverschuldete Kommunen derzeit nicht konkret abzeichnet. Die kürzlich beginnende Haushaltsaufstellung in den nächsten Wochen muss demnach weiterhin nach der bisher geltenden extrem sparsamen Betrachtungsweise erfolgen.

Herr Röpell fragt nach der zeitlichen Perspektive bei der Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung. Zusätzlich möchte er wissen, ob die Stadtverwaltung selber Ökostrom zur Nutzung bezieht. Herr Beisiegel erklärt, dass man sich bemüht, die Wärmeplanung so zügig wie möglich aufzustellen. Er verweist aber erneut auf die Sorgfaltspflicht, die die Kommune dabei innehat. Er bestätigt darüber hinaus, dass die Stadtverwaltung ihren Strombedarf aus erneuerbaren Energien bezieht. Herr Weißhuhn ergänzt zur ersten Frage, dass die kommunale Wärmeplanung, die Netzausbaustrategie und der Dekarbonisierungsfahrplan erst Ende 2026 zusammengeführt werden können. Die Zeit bis dahin muss mit guter und offener Kommunikation gegenüber den Bürger*innen überbrückt werden. So sollte in Bereichen, wo bereits jetzt schon sehr klar ist, ob es eine dezentrale oder zentrale Wärmeversorgung geben wird, eine dementsprechende Ansprache der Nutzer*innen stattfinden. Weitere, im Erarbeitungsprozess gesicherte Informationen, sollen dann auch laufend veröffentlicht werden.

Frau Uhr fragt nach der energetischen Sanierungsrate bei den Bestandsgebäuden in der Stadt Mülheim. Herr Temmesfeld stellt fest, dass diese derzeit bei etwa 1 % liegt. Das Integrierte Klimaschutzkonzept gibt zur Zielerreichung jedoch eine notwendige Sanierungsquote von 2 % an. Die Diskussion darum verdeutlicht die Herausforderungen bei der Erreichung dieser Ziele im Bereich der Wärme und die zwingende Bedeutung von Fördermaßnahmen zur Unterstützung der Zielerreichung. Das geförderte Projekt des Sanierungsquartiers Dümpten z.B. weist eine deutlich bessere Sanierungsquote auf. Deswegen plante die Stabsstelle Klimaschutz und Klimaanpassung weitere Sanierungsquartiere zu initiieren. Allerdings wurde das entsprechende Förderprogramm des Bundes im Rahmen der nachträglich notwendigen Haushaltskürzungen gestoppt.

Herr Linsel bestätigt, dass die Haushaltslage problematisch ist, allerdings gäbe es im Dezernat VI nicht genutzte Mittel. Er regt an zu prüfen, ob hier eine Mittelumschichtung möglich wäre. Er schlägt vor, dass die medl GmbH ihre Ergebnisse möglichst früh und klar kommunizieren sollte, und dass er erwartet, dass Ende des Jahres ein Großteil der Wärmeplanung abgeschlossen ist. Zusätzlich bestätigt er, dass die

Stadtverwaltung Grünstrom bezieht. Dies war einer der ersten Beschlüsse der Schwarz-Grünen Ratskoalition.

Herr Dieteren-Hilgendorf fragt, ob eine größere, regelmäßige Berichterstattung der Projekte der Stabsstelle Klimaschutz und Klimaanpassung möglich wäre. Dies könnte ein regelmäßiger TOP im Klimaschutzbeirat sein. Herr Temmesfeld antwortet, dass die regelmäßige Berichterstattung über den Fortschritt der Maßnahmen wichtig ist und den Möglichkeiten nach erfolgen wird, wobei eine ausführliche Berichterstattung lediglich am Ende des Jahres erfolgen soll. So sieht es bereits der Ratsbeschluss zur Klimanotlage aus dem Jahr 2020 vor.

TOP 3 Hauptthema: Aktuelle Situation in der Wohnungswirtschaft besonders vor dem Hintergrund der Klimaschutzbemühungen

Für den Mülheimer Wohnungsbau berichtet Herr Peters. Daraufhin wird vereinbart, dass Herr Glocker seinen Bericht für die Service-, Wohnungsvermietungs- und -baugesellschaft mbH direkt anschließt. Die Rückfragerunde und die offene Diskussion im Plenum beginnt im Anschluss um etwa 19:00 Uhr.

Frau Erd fragt, welcher KfW-Standard bei Neubauprojekten angewendet wird, und wie mit Bestandsgebäuden umgegangen wird. Herr Glocker betont, dass bei Bestandsgebäuden Modernisierungen, wie Dämmungen und Heizungstausche, im Quartiersansatz durchgeführt werden. Jedoch bedingt der Umgang mit bestehenden Gebäuden immer eine besondere Aufmerksamkeit, insbesondere in Bezug auf das dann zu ändernde Lüftungsverhalten zur Vermeidung von Schimmelproblemen. Im Neubau werden KfW-40 oder KfW-55-Standards angestrebt. Herr Peters ergänzt, dass der KfW-40-Standard im Neubau zwar gut zu erreichen ist, die notwendigen Mehrkosten im Vergleich zum derzeit vorgeschriebenen KfW-55-Standard sich jedoch nicht gut refinanzieren lassen. Er empfindet den derzeitigen KfW-55-Standard bereits auch schon als sehr gut.

Herr Röpell stellt fest, dass Geothermie zur Wärmegewinnung für die Wärmepumpe zwar teuer ist, allerdings auch bessere Wirkungsgrade liefert. Der Sanierungsmanager Ulrich Bergermann im Sanierungsquartier Dümpten favorisiere diese Technik. Zusätzlich stellt er heraus, dass für den effizienten Einsatz von Wärmepumpen keine Flächenheizungen zwingend notwendig sind. Er kann die in den Berichten aufgezeigten Nöte der Wohnungswirtschaft nachvollziehen, allerdings merkt er an, dass die stetig fortschreitenden Entwicklungen nicht verschlafen werden sollten. Herr Peters antwortet darauf, dass der MWB aber auch die Wohnungswirtschaft im Gesamten schon lange in den Klimaschutz investieren. So wurden in der Vergangenheit beispielsweise bereits viele Häuser im Bestand gedämmt. Früher wurden diese Maßnahmen jedoch noch anders benannt und begründet, z.B. zur Steigerung des Wohnkomforts.

Frau Erd stellt klar, dass der Standard im Neubau mittlerweile auf einem sehr hohen Niveau ist, sodass der eigentliche Knackpunkt bei den Bestandsimmobilien liegt. Sie fragt Herrn Peters, ob die höheren Investitionskosten, die für eine Wärmepumpe an-

fallen, nicht durch die geringeren Betriebskosten im Verlauf kompensiert werden könnten. Herr Peters antwortet, dass rein rechtlich 8 % der Modernisierungskosten auf die Mieter*innen umgelegt werden können. Allerdings fühlt man sich nach wie vor stark dem Auftrag verpflichtet, die Mieten nach Möglichkeit auf einem sozial verträglichen Niveau zu halten und so vor allem Menschen mit kleinem Einkommen weiterhin bezahlbaren Wohnraum bieten zu können. Hier können die niedrigeren Betriebskosten über die effiziente Wärmepumpe die höheren Investitionskosten nicht kompensieren. Er bekräftigt nochmal, dass die Klimaziele wichtig und notwendig sind, der Weg aber lang und schwierig wird. Besonders im Umgang mit dem Gebäudebestand. Herr Glocker ergänzt, dass lediglich 20 % des Immobilienbestandes durch professionelle Vermieter*innen verwaltet wird. Diese professionell verwalteten Immobilien sind im Schnitt energetisch gesehen 30 % besser als die Immobilien in privater Hand. Herr Beisiegel fügt hinzu, welches große Glück die Stadt Mülheim hat, zwei so große und im Klimaschutz aktive Wohnungsbaugesellschaften zu haben. Besonders im Vergleich zu anderen Städten.

Frau Uhr fragt, wie mit dem Thema Parkplätze im Neubau umgegangen wird. Herr Peters antwortet, dass es aktuell einen sehr großen Bedarf nach Stellplätzen gibt. Im Schnitt wird aktuell mindestens mit einem Auto pro Familie geplant. Der Bau von Tiefgaragen für diesen Zweck ist derzeit deutlich zu teuer. Allerdings hofft er, dass es in Zukunft deutlich weniger Autos geben wird, und damit auch der Bedarf an vorzuhaltenden Stellplätzen sinkt. Der Bau von Tiefgaragen ist in der derzeitigen Situation nur bei sehr großen Neubauprojekten wirtschaftlich vertretbar und möglich. Frau Uhr fragt anschließend, ob es nicht auch eine Klientel gäbe, welches keinen eigenen Stellplatz benötigt. Herr Peters bestätigt, dass es schon manche Pilotprojekte gibt, allerdings die breite Gesellschaft seiner Einschätzung nach noch nicht dafür bereit ist. Herr Temmesfeld ergänzt zu der Thematik ein Statement des Bauamtsleiters Herrn Booß. Demnach werden derzeit bei seinem Amt nahezu keine Bauanträge für Ein- und Zweifamilienhäuser mehr eingereicht. Anders gestaltet es sich zwar bei Bauanträgen für Mehrfamilienhäuser, jedoch sind die Bauträger dort derzeit immer auf weitere Förderung angewiesen, um die Projekte wirtschaftlich realisierbar zu gestalten. Seiner Aussage nach ist der Stellplatzschlüssel ein Problem, der klare Vorgaben zu den vorzuhaltenden Stellplätzen gibt. Die Erfüllung dieser Vorgaben durch den Bau von Tiefgaragen ist auch seiner Einschätzung nach einfach zu teuer. Die einzige Alternative ist also die Einrichtung von Stellplätzen an der Oberfläche. Bei potenziellen Genehmigungen solcher Vorhaben besteht das Bauamt dann aber konsequent auf eine offenporige Gestaltung, um die Regenwasserversickerung zu ermöglichen.

Frau Fürtges fragt, ob schon untersucht wurde, inwieweit existierende Stollen mit Wasser geflutet werden könnten, um so die Wärme zu nutzen. Herr Peters antwortet, dass zum Beispiel Mülheims Stadtteil Heißen mit nicht dokumentierten Stollen durchsiebt ist. Es gibt einige Forschungen zum Thema der Nutzung von Grubenwasser zur Wärmeengewinnung, jedoch funktionieren diese nur in einem sehr eingeschränkten Bereich. Herr Weißhuhn führt weiter aus, dass es aufgrund der Schadstoffbelastung nicht möglich ist, verfüllte Schächte wieder nutzbar zu machen. Herr Linsel ergänzt dazu, dass eines dieser Forschungsprojekte von der Ruhr Universität Bochum

organisiert wurde. Auch er hält das Thema Grubenwasser für sehr spannend und potenziell vielversprechend. In Bezug auf die Stellplatzthematik weist er darauf hin, dass es im nächsten Umweltausschuss eine Anfrage gibt, um hier eine Einschätzung der Stadtverwaltung zu bekommen.

Er fragt Herrn Peters und Herrn Glocker, ob sich bei den Baukosten mittlerweile eine Entspannung andeutet, da ja sowohl die Holzkosten, als auch die Strompreise mittlerweile wieder deutlich gesunken sind. Herr Glocker antwortet, dass die SWB nicht mit sinkenden Baukosten kalkuliert, sondern diese eher, genau wie die Zinsen auch, als stabil bleibend angesetzt werden.

Herr Dieteren-Hilgendorf appelliert an alle Beteiligten, dass das 1,5 Grad Ziel essenziell wichtig ist, und dass die Zielerreichung der Treibhausgasneutralität in 2035 nicht verhandelbar ist. Herr Peters verdeutlicht noch einmal, dass dem MWB die Problematik sehr wohl bewusst ist. Die aktuellen politischen Rahmenbedingungen sind aber auch eher ungünstig. Hier sei die Lobbyarbeit der Wohnungswirtschaft seiner Einschätzung nach nicht erfolgreich genug, um die wichtigen Interessen mit genügend Nachdruck in die Politik einzubringen. Er bemängelt insbesondere, dass die Kommunen nicht in der Lage sind, in dem Maße frei handeln zu können, wie es in dieser Situation notwendig wäre. Hier fehlt an vielen Stellen das Geld, um der großen Aufgabe des Klimaschutzes gerecht zu werden.

Frau Allekotte appelliert ebenfalls, dass der Weg im Ringen um den verfügbaren Platz im Verkehrsraum eigentlich nur über eine Reduzierung von Parkplätzen führen kann. Sie fragt Herrn Peters und Herrn Glocker, wie MWB und SWB zu dem Thema des nachhaltigen Bauens mit z.B. Holz und dem Recycling von Baumaterialien stehen. Herr Glocker antwortet darauf, dass die SWB im seriellen Sanieren großes Potenzial sieht und dies bereits partiell ausprobiert. Wenn ein Gebäude abgerissen werden muss, werden die Materialien bereits jetzt entsprechend voneinander getrennt. Dies alleine ermöglicht eine potenzielle Weiterverwertung der unterschiedlichen Materialien. Er sieht dabei allerdings die jeweiligen Abrissunternehmen in der Verantwortung.

TOP 4 Verschiedenes

Frau Allekotte leitet zu dem letzten TOP Verschiedenes über und fragt in die Runde, ob es denn verschiedene Themen zum Besprechen gäbe. In Anbetracht der vorangeschrittenen Zeit verzichtet Herr Beisiegel auf seinen Kurzbericht bezüglich der IGA 2027. Demnach werden unter diesem TOP lediglich die weiteren Termine in diesem Jahr bekannt gegeben. Die nächsten Sitzungen finden am 13.05.2024, am 12.09.2024 und am 07.11.2024 statt.

Frau Allekotte schließt die Sitzung um 19:55 Uhr.

Gez. Allekotte, Sprecherin des Klimaschutzbeirates